

REPUBLIK ITALIEN
IM NAMEN DES ITALIENISCHEN VOLKES
DER RECHNUNGSHOF
RECHTSPRECHUNGSSEKTION BOZEN

bestehend aus den Richtern:

Enrico MARINARO	Präsident
Francesco TARGIA	Rat
Anna ZANELLA	Referendar-Berichterstatter

erlässt folgendes

URTEIL

in dem unter Nr. 2605 des Kanzleiregisters eingetragenen Verfahren zur Rechnung des Rechnungsführers in seiner Eigenschaft als Verwahrer der von der Gemeinde Völs am Schlern gehaltenen Gesellschaftsbeteiligungen – Geschäftsjahr 2022, vom Gemeindesekretär, HEINOLD ROTTENSTEINER, vorgelegt.

nach Einsicht in die Akten und verfahrensgegenständlichen Unterlagen;
nach Anhörung bei der öffentlichen Verhandlung vom 10. Dezember 2025,
mit dem Beistand des Sekretärs Frau Dr. Ombretta Ricoldo, des Berichterstatters, Referendar Anna Zanella, des Vertreters der Staatsanwaltschaft in Person des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Marzia Sulzer und des Rechtsanwalts Lukas Harder;

SACHVERHALT UND RECHTSERWÄGUNGEN

1. Der Instruktionsrichter hat mit Bericht Nr. 41/2025, die unter Nummer 2605 des Kanzleiregisters eingetragene Rechnung des Rechnungsführers in seiner Eigenschaft als Verwahrer der Gesellschaftsbeteiligungen für das Geschäftsjahr 2022, gemäß den Artikeln 145 und 147 der Prozessordnung des Rechnungshofes, zur Prüfung an den Senat verwiesen.

Insbesondere hat er die unterlassene Rechnungslegung seitens des Verwahrers von Gesellschaftsbeteiligungen hervorgehoben, der laut Rechtsprechung des Rechnungshofes dem höchsten Verwaltungsorgan oder dem von der Körperschaft beauftragten Amtsleiter entspricht.

Er hat dann die Verletzung des Grundsatzes der Alterität dargestellt, da im Anlassfall die Person, die die Rechnung erstellt und unterzeichnet hat, und die Person, die die Ordnungsmäßigkeit derselben bestätigt hat, übereinstimmen.

Er hat festgestellt, dass die Hinterlegung einer neuen gerichtlichen Rechnung für dieselbe Gebärung dennoch die Erklärung der Unverfolgbarkeit der ursprünglich hinterlegten Rechnungslegung zur Folge hat; außerdem hat er hervorgehoben, dass die im Nachhinein hinterlegte Rechnung vom Gemeindeausschuss nicht genehmigt worden war.

Weiter hat er darauf hingewiesen, dass bei der Angabe des Wertes der Gesellschaftsbeteiligungen auf den Nominalwert Bezug genommen worden war und nicht auf das Nettovermögen.

Abschließend hat er die fehlende Übereinstimmung zwischen dem Verzeichnis der in der Rechnung angegebenen Beteiligungen und der vollständigen Liste der Beteiligungen aufgezeigt.

2. Die Regionale Staatsanwaltschaft schloss sich im Zuge ihrer Schlussfolgerungen den vom Instruktionsrichter geäußerten Bedenken an und beantragte weitere Ermittlungen zur Feststellung des tatsächlichen Datums der gerichtlichen Rechnungslegung; hilfsweise, die Rechnung für unzulässig oder jedenfalls für unverfolgbar zu erklären und, weiter hilfsweise, die Rechnung für regelwidrig zu erklären, wobei der vom DPR Nr. 194/1996 vorgesehene Vordruck 22 als einziges Muster für die Abrechnung angegeben wird.

Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass die Rechnung nicht von einer Person vorgelegt wurde, die als Verwahrer von Aktien und Beteiligungsquoten der Körperschaft anerkannt werden kann, und dass dieser Umstand nicht durch die spätere Hinterlegung einer neuen gerichtlichen Rechnungslegung als überwunden angesehen werden kann; es wurden Bedenken hinsichtlich des auf beiden Rechnungen angebrachten Sichtvermerks über die Ordnungsmäßigkeit sowie in Bezug auf den Inhalt des Beschlusses des Gemeindevausschusses Nr. 195/2023 geäußert; hilfsweise wurde hervorgehoben, dass die Rechnung auch in Bezug auf die Bewertung der Beteiligungen nicht ordnungsgemäß zu sein scheint, da die Werte nach dem Nennwert- und nicht nach dem Vermögenswertkriterium ausgewiesen wurden, und, dass dieselbe die von der Gemeinde gehaltenen Beteiligungen nicht vollständig anführt.

3. Mit Schriftsatz vom 01.12.2025 hat der Bürgermeister der Gemeinde Völs am Schlern Folgendes vorgebracht: dass i) die Unterzeichnung der gerichtlichen Rechnungslegung durch den Gemeindevsekretär auf einen

materiellen Fehler zurückzuführen ist; ii) die Angabe der von der Gemeinde gehaltenen Beteiligungen zum Nominalwert zum einen darauf zurückzuführen ist, dass keine ausdrücklich anderslautenden normativen Bestimmungen bestehen und auch aus dem Formblatt 22 des DPR 194/1996 keine eindeutigen anderslautenden Angaben entnommen werden können, in Übereinstimmung, unter anderem, auch mit den Auskünften des Gemeindenverbandes; iii) die Angabe nur der Beteiligungen an Aktiengesellschaften in der Rechnung auf die wörtliche Anwendung des Begriffs „Aktien“ im oben genannten Formular 22 zurückzuführen ist. Angesichts der obigen Darstellungen wurde die Entlastung von den erhobenen Vorwürfen beantragt und unter anderem eine Excel-Datei eingebracht, in der alle von der Gemeinde gehaltenen Beteiligungen mit Bezug auf den Wert des Nettovermögens aufgelistet wurden und es wurde erklärt, dass man für die zukünftigen Geschäftsjahre die Hinweise dieses Rechnungshofes berücksichtigen wird.

4. Im Anlassfall ist der Richtersenat der Ansicht, dass das Verfahren unter Anwendung des juristisch geprägten Kriteriums der sog. *„ragione più liquida“* entschieden werden kann, d.h., dass dem offensichtlicheren und naheliegenderen Grund Vorrang eingeräumt werden muss, um eine unmittelbare Beendigung des Verfahrens zu gewährleisten.

5. Aus dieser Perspektive betrachtet, betrifft die vorrangige Frage die Verfolgbarkeit einer vom Gemeindesekretär gelegten, unterzeichneten und beglaubigten gerichtlichen Rechnungslegung über Gesellschaftsbeteiligungen.

Diesbezüglich ist anzumerken, dass die Rechtsprechung des Rechnungshofs präzisiert hat, dass der Verwahrer von Aktien und Beteiligungsquoten nicht die Person ist, die über diese materiell verfügt, sondern die Person, die rechtlich darüber verfügt, indem sie die Befugnisse des Aktionärs kraft Gesetzes oder aufgrund einer Vollmacht ausübt (Rechnungshof, Rechtsprechungssektion Toskana, Nr. 349 von 2023, Nr. 127 von 2020 und Nr. 17 von 2010; Rechnungshof, Rechtsprechungssektion Veneto, Nr. 99 von 2019 und Nr. 122 von 2017; Rechnungshof, Rechtsprechungssektion Molise, Nr. 64 von 2017).

Die Rechtsprechung hat auch klargestellt, dass *„in mancanza della nomina di uno o più dirigenti cui affidare la gestione delle partecipazioni, è il Sindaco, nella sua qualità di organo di vertice dell'amministrazione, che assume la veste di agente contabile, come confermato, ora, dall'espressa previsione dell'art. 9 d.lgs. n. 175 del 2016: “per le partecipazioni di enti locali i diritti di socio sono esercitati dal sindaco o dal presidente o da un loro delegato”* (Rechnungshof, Sek. Toskana, Nr. 127 von 2020).

Tatsächlich ist der mit der Verwahrung von Aktien betraute Rechnungsführer dazu verpflichtet, eine Verwaltungstätigkeit auszuüben und nicht nur die Aktien zu verwahren, da er die Körperschaft bei den Versammlungen der Gesellschaften vertritt und selbst oder durch Bevollmächtigte die mit der Gesellschaftsbeteiligung verbundenen Rechte ausübt, über die er rechtlich und nicht nur materiell verfügt (Rechnungshof, Sek. Toskana, Nr. 20 von 2024 und Nr. 127 von 2020; Rechnungshof, Sek. Veneto, Nr. 99 von 2019).

Im vorliegenden Fall ist unstreitig, dass die gegenständliche gerichtliche

Rechnungslegung von einer Person vorgelegt wurde, die nicht als Verwahrer der Aktien und Beteiligungsquoten der Körperschaft qualifiziert werden kann, so dass die Gemeinde selbst in ihrem zum Verfahren eingereichten Schriftsatz anerkannt hat, dass die Unterschrift des Generalsekretärs auf einen materiellen Fehler zurückzuführen ist.

6. Dies alles vorausgeschickt, muss die Sektion, wenngleich sie positiv zur Kenntnis nimmt, dass die Verwaltung zur Behebung der festgestellten Mängel unverzüglich gehandelt hat, hervorheben, dass die eingangs genannte Rechnung den Gegenstand dieses Verfahrens bildet und dass eine andere, später vorgelegte Rechnung, die zudem nicht vom Gemeindeausschuss genehmigt wurde, für dieses Verfahren keine Relevanz haben kann (Rechnungshof, Sek. Bozen, Nr. 110/2025, Rechnungshof, Sek. Emilia-Romagna, Nr. 102/2024).

7. Aus den obigen Ausführungen geht hervor, dass die vom Gemeindesekretär der Gemeinde Völs am Schlern, Heinold Rottensteiner, für das Geschäftsjahr 2022 vorgelegte gerichtliche Rechnungslegung für unverfolgbar zu erklären ist.

Da keine Verurteilung erfolgt ist, besteht kein Anlass, über die Kosten zu entscheiden.

AUS DIESEN GRÜNDEN

erklärt der Rechnungshof, Rechtsprechungssektion Bozen die eingangs genannte gerichtliche Rechnungslegung für unverfolgbar.

Ohne Kostenentscheidung.

So entschieden in nichtöffentlicher Sitzung am 10. Dezember 2025.

Der Verfasser des Urteils

Anna Zanella

(digital unterzeichnet)

Im Sekretariat mittels Hinterlegung am

Der Präsident

Enrico Marinaro

(digital unterzeichnet)

veröffentlicht.

30/12/2025

Die höhere Beamtin

Tamara Mosconi

(digital unterzeichnet)

Sentenza 125/2025

REPUBBLICA ITALIANA
IN NOME DEL POPOLO ITALIANO
LA CORTE DEI CONTI
SEZIONE GIURISDIZIONALE DI BOLZANO

composta dai magistrati:

Enrico MARINARO	Presidente
Francesco TARGIA	Consigliere
Anna ZANELLA	Referendario-relatore

ha pronunciato la seguente

SENTENZA

nel giudizio iscritto al n. 2605 del registro di segreteria sul conto dell'agente contabile in qualità di consegnatario delle partecipazioni societarie del Comune di Fiè allo Sciliar – Esercizio finanziario 2022, reso dal Segretario Comunale HEINOLD ROTTENSTEINER;

VISTI gli atti e i documenti di causa;

UDITI, nella pubblica udienza del 10 dicembre 2025, con l'assistenza del segretario, dott.ssa Ombretta Ricoldo, il relatore, Referendario Anna Zanella, il rappresentante del Pubblico Ministero in persona del Sostituto Procuratore generale Marzia Sulzer e l'avv. Lukas Harder;

FATTO e DIRITTO

1. Con relazione n. 41/2025 il magistrato designato all'esame del conto dell'agente contabile in qualità di consegnatario delle partecipazioni

societarie, per l'esercizio 2022, ed iscritto al n. 2605 del registro di segreteria, ha rimesso al Collegio, ai sensi degli artt. 145 e 147, del c. g. c., l'esame dello stesso.

In particolare, ha rimarcato l'omessa resa da parte del consegnatario di partecipazioni societarie, che la giurisprudenza contabile ha individuato nell'organo di vertice o nel dirigente delegato dall'Ente.

Ha rappresentato poi la violazione del principio di alterità, per la coincidenza nella fattispecie, tra il soggetto che ha compilato e sottoscritto il conto e il soggetto che ha proceduto a parificarlo.

Ha rilevato che il deposito di un nuovo conto giudiziale relativo alla medesima gestione comporta comunque la dichiarazione di improcedibilità del conto originariamente depositato, evidenziando, inoltre, che il conto depositato successivamente non risulta approvato dalla Giunta comunale.

Ha fatto presente, inoltre, che nell'esposizione del valore delle partecipazioni si era fatto riferimento al valore nominale, anziché al patrimonio netto.

Ha segnalato, in ultimo, la mancata corrispondenza tra l'elenco delle partecipazioni indicate nel conto e l'elenco completo delle partecipazioni.

2. La Procura regionale, in sede di conclusioni, condividendo le perplessità segnalate dal Magistrato istruttore, ha chiesto disporsi ulteriori approfondimenti istruttori in merito all'accertamento delle data effettiva del conto giudiziale; in subordine, dichiararsi il conto inammissibile o comunque improcedibile e, in via ulteriormente subordinata, dichiararsi il

conto irregolare, indicando quale unico schema di conto il modello 22 previsto dal DPR n. 194/1996.

In particolare, ha fatto presente che il conto non è stato presentato da soggetto qualificabile come consegnatario di titoli azionari e di quote di partecipazione dell'Ente e che tale circostanza non può ritenersi superata dal successivo deposito di un nuovo conto giudiziale; ha evidenziato perplessità in ordine al visto di regolarità apposto su entrambi i conti nonché in ordine al contenuto della delibera della Giunta comunale n. 195/2023; in subordine, ha evidenziato che il conto appare irregolare anche con riferimento alla valorizzazione delle partecipazioni, essendo i valori esposti secondo il criterio del valore nominale e non secondo il criterio del patrimonio netto e che lo stesso non riporta in modo completo tutte le partecipazioni detenute dal Comune.

3. Con memoria del 01.12.2025 il Sindaco del comune di Fiè allo Sciliar ha fatto presente che: i) la sottoscrizione del conto giudiziale da parte del segretario comunale è frutto di un errore materiale; ii) l'indicazione delle partecipazioni del Comune al valore nominale è da ricondurre, da un lato, al fatto che non esistono disposizioni normative espressamente contrarie e che anche dal modello 22 del DPR 194/1996 non è possibile ricavare indicazioni di segno contrario, in conformità, tra l'altro, a quanto indicato anche dal Consorzio dei Comuni; iii) l'indicazione nel conto delle sole partecipazioni in società per azioni è dovuta all'applicazione letterale del termine "azioni" nel predetto modulo 22. In considerazione di quanto sopra ha chiesto il discarico dalle contestazioni sollevate, producendo tra l'altro un file excel

contente tutte le partecipazioni del Comune con riferimento al valore del patrimonio netto e precisando che per gli esercizi futuri si terrà conto delle indicazioni fornite dalla Corte dei conti.

4. Nella fattispecie in esame il Collegio ritiene di poter definire il giudizio attraverso l'applicazione del criterio di matrice giurisprudenziale della "ragione più liquida", nel senso che occorre dare priorità alla ragione più evidente, più pronta, che garantisca così l'immediata definizione del giudizio.

5. In base a tale prospettiva, la questione assorbente riguarda la procedibilità di un conto giudiziale relativo alle partecipazioni societarie reso, sottoscritto e parificato dal Segretario Comunale.

Al riguardo, va osservato che la giurisprudenza contabile ha avuto modo di precisare che il consegnatario dei titoli azionari e delle quote di partecipazioni va individuato non nel soggetto che ne ha la disponibilità materiale, ma in quello che ne ha la disponibilità giuridica, esercitando per legge o per delega i poteri dell'azionista (Corte dei conti, sez. giur. Toscana, n. 349 del 2023, n. 127 del 2020 e n. 17 del 2010; Corte dei conti, sez. giur. Veneto, n. 99 del 2019 e n. 122 del 2017; Corte dei conti, sez. giur. Molise, n. 64 del 2017).

La giurisprudenza ha anche chiarito che *"in mancanza della nomina di uno o più dirigenti cui affidare la gestione delle partecipazioni, è il Sindaco, nella sua qualità di organo di vertice dell'amministrazione, che assume la veste di agente contabile, come confermato, ora, dall'espressa previsione dell'art. 9 d.lgs. n. 175 del 2016: "per le partecipazioni di enti locali i diritti*

di socio sono esercitati dal sindaco o dal presidente o da un loro delegato”

(Corte dei conti, sez. Toscana, n. 127 del 2020).

Infatti, l'agente contabile consegnatario di azioni è chiamato a svolgere un'attività di gestione e non di mera detenzione, rappresentando l'Ente alle riunioni delle società ed esercitando, in proprio o per delega, i diritti connessi alla partecipazione sociale, avendone la disponibilità giuridica e non meramente materiale (Corte dei conti, sez. Toscana, n. 20 del 2024 e n. 127 del 2020; Corte dei conti, sez. Veneto, n. 99 del 2019).

Nel caso di specie, la circostanza che il conto giudiziale in esame sia stato presentato da un soggetto non qualificabile come consegnatario dei titoli azionari e delle quote di partecipazione dell'Ente è pacifico, tant'è che il Comune stesso nella propria memoria depositata in giudizio ha riconosciuto che la sottoscrizione da parte del segretario generale deve essere ricondotta ad un errore materiale.

6. Fermo quanto sopra, la Sezione, pur prendendo favorevolmente atto della circostanza che l'Amministrazione si è immediatamente attivata per sanare le criticità riscontrate, deve evidenziare che oggetto del presente giudizio è il conto in epigrafe indicato e che alcuna rilevanza può avere nel presente giudizio un diverso conto presentato successivamente, peraltro, non approvato dalla Giunta comunale (Corte dei conti, sez. di Bolzano, n. 110/2025, Corte dei conti, sez. Emilia-Romagna, n. 102/2024).

7. In conclusione, il Collegio ritiene di dover dichiarare improcedibile il conto giudiziale reso dal Segretario Comunale del Comune di Fiè allo Sciliar, Heinold Rottensteiner, per l'esercizio 2022.

In assenza di condanna non vi è luogo a provvedere sulle spese.

PQM

La Corte dei conti, Sezione giurisdizionale di Bolzano, dichiara improcedibile il conto giudiziale in epigrafe.

Nulla per le spese.

Così deciso nella camera di consiglio del 10 dicembre 2025.

L'estensore

Il presidente

Anna Zanella

Enrico Marinaro

(firmato digitalmente)

(firmato digitalmente)

Pubblicata mediante deposito in segreteria il giorno 3

Per la traduzione

la traduttrice presso la Sezione giurisdizionale della Corte dei conti– sede di
Bolzano